

# Die Stadtverordnetenversammlung - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration -

#### Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 25.11.2003

Vorlage Nr. 03-F-01-0066

Angleichung von Telefongebühren im gesamten Stadtgebiet bei Anrufen durch Kunden bei der Stadtverwaltung mittels Handy

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2003 -

### Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,bei der Deutschen Telekom und ggf. anderen großen Netzanbietern dafür zu sorgen, dass die Telefonkunden im gesamten Stadtgebiet von Wiesbaden in gebührenmäßiger Hinsicht einheitlich behandelt werden. Falls dies nicht anders gewährleistet werden kann, ist die Vorwahl 0611 auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen.

#### Beschluss Nr. 0060

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2003 wird in folgender Form angenommen betr.

Angleichung von Telefongebühren im gesamten Stadtgebiet bei Anrufen durch Kunden bei der Stadtverwaltung mittels Handy

wird in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,bei der Deutschen Telekom und ggf. anderen großen Netzanbietern dafür zu sorgen, dass die Telefonkunden im gesamten Stadtgebiet von Wiesbaden in gebührenmäßiger Hinsicht einheitlich behandelt werden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden. .12.2003

Müller

Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .12.2003

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

## - Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0060 vom 25.11.2003

Der Magistrat - 16 -Wiesbaden, .12.2003

Dezernat III mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat I/LOB Diehl

Oberbürgermeister mit der Bitte um Kenntnisnahme